

II - 2498 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



**DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE**

2.12.1987

Z1. 70 0502/144-Pr.2/87

1027 IAB

1987 -12- 04

zu 1016 IJ

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing.

Dr. Peter Keppelmüller und Genossen vom 8. Oktober 1987, Nr. 1016/J, betreffend Pressearbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie am Beispiel einer aktuellen Umweltreportage der Zeitschrift "Der Wiener", beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Gerade im sensiblen Umweltbereich könnte eine sogenannte Korrektur, wie sie hier angedeutet wird, sehr leicht als Versuch einer Preszensur gewertet werden. Auch sollte jeder Schritt unterlassen werden, der unter Journalisten den Eindruck erweckt oder verstärkt, daß jede kritische Berichterstattung in irgendeiner Form in einer politischen Intervention mündet. Die Erfahrungen diesbezüglich leidgeprüfter Medienvertreter müssen meines Erachtens nach nicht noch durch mein Zutun vergrößert werden.

Zu 2.:

An der Berichterstattung in der Zeitschrift "Der Wiener" zum Thema "Wo der Dreck am meisten stinkt" hat das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie nicht mitgewirkt, weil jeder offizielle Pressekontakt über die Presseabteilung läuft und in dieser weder Unterlagen noch Informationen explizit in diesem Zusammenhang angefordert wurden. Im übrigen widerspricht es den Usancen, daß im Ministerium Reportagen oder Zeitungsberichte revidiert werden. Es ist dies bei uns einfach nicht üblich.

- 2 -

Zu 3.:

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie informiert wie kaum ein anderes Ministerium permanent und laufend offiziell über angestrebte, geplante oder zu realisierende Verbesserungen in der Umweltpolitik. Durch diese offensive Informations- und Aufklärungsarbeit ist es gelungen, eine weitere Steigerung in der Sensibilität unter der Bevölkerung hinsichtlich der Umweltanliegen aber auch unter Verantwortlichen in der Politik, Wirtschaft und im Kommunalwesen zu erzielen. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie versteht sich in erster Linie als Servicestelle für alle Bürger und als Betreiber einer Politik, welche die Gesundheit der Menschen, die Erhaltung und den Schutz der Natur als wichtige Aufgabe betrachtet. Wenn es zu Informationslücken oder Mißverständnissen in irgendeiner Form kam, waren wir stets bemüht und bestrebt, diese in angemessener Form durch zusätzliche Informationen auszugleichen. An eine Pressezensur jedoch wurde noch in keinster Form gedacht.

Zu 4.:

Über Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltsituation, die in den letzten Jahren getätigt wurden, hatten meine Vorgänger im Ministerium schon vielfach die Gelegenheit, ausführlich zu berichten.

Das mir unterstehende Umweltbundesamt ist vor allem verpflichtet, jetzt unter meiner Federführung Umweltschutzmaßnahmen vorzubereiten, damit eine Verbesserung der Umweltqualität in Österreich tatsächlich erzielt werden kann. Die Konzentration auf diese Arbeit erfordert alle vorhandenen persönlichen und materiellen Ressourcen, sodaß sich die Experten im Ministerium ausschließlich auf Wesentliches konzentrieren. Zur Erinnerung: Die entscheidenden umweltrelevanten Initiativen des Bundesministeriums inklusive des Umweltbundesamtes sind:

- o Umsetzung des kürzlich beschlossenen Smogalarmgesetzes in die Praxis, vor allem durch Einrichtung eines Smogalarmmessnetzes
- o Vorbereitung eines Umweltschutzgesetzes, das insbesondere die Begrenzung von Luftschadstoffen aus Anlagen nach dem neuesten Stand der Technik erlaubt
- o Vorbereitung der Vollziehung des Chemikaliengesetzes, sodaß gewährleistet ist, daß kein neuer Stoff ungeprüft auf den Markt kommen kann etc.

- 3 -

- o Reduktion der Fluorkohlenwasserstoffe um rund 1/4, das sind immerhin 1.000 Tonnen, im nächsten Jahr
- o Vorbereitung einer Novelle zum Sonderabfallgesetz, und Fortschreibung des Sonderabfallkonzeptes.

Diese Maßnahmen sind weitere wichtige Schritte, um dem Grundsatz einer vorsorgenden Umweltpolitik Rechnung zu tragen.

A handwritten signature consisting of a stylized 'F' or 'S' shape above a vertical line.